

STADT BIELEFELD
- Stadtentwicklungsausschuss -

Sitzung Nr.
StEA/047/2024
BVMI/040 /2024

Niederschrift
über die gemeinsame Sondersitzung des Stadtentwicklungsausschusses mit
der Bezirksvertretung Mitte
am 27.06.2024

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus
Beginn: 15:30 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 16:58 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Martin Eggert
Herr Dr. Simon Lange
Herr André Langeworth
Frau Carla Steinkröger

SPD

Frau Dorothea Brinkmann (anwesend bis 16:37 Uhr)
Herr Sven Rörig (stellvertretender Vorsitzender)
Frau Karin Schrader
Herr Frederik Suchla

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dominic Hallau
Frau Gudrun Hennke
Herr Paul John
Herr Thomas Krause

AfD

Frau Heliane Ostwald

Die Partei

Herr Alexander Schem

FDP

Herr Rainer Seifert

Die Linke

Herr Bernd Vollmer

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Andreas Bruder

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Dietmar Krämer (anwesend bis 16:32 Uhr)
Frau Gordana Kathrin Rammert (anwesend bis 15:56 Uhr)

Schriftführung

Herr Matthias Stein

Anwesend für die Bezirksvertretung Mitte:

Von der Verwaltung
Herr Olaf Lewald
Herr Gerd Herjürgen

Amt für Verkehr
Bauamt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtentwicklungsausschusses, Herr Rörig, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses und der Bezirksvertretung Mitte zur gemeinsamen Sitzung. Herr Rörig erklärt, dass Herr Suchla und er vereinbart hätten, dass Herr Rörig durch die gemeinsame Sitzung führt. Er stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung den Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses form- und fristgerecht zugegangen und der Stadtentwicklungsausschuss beschlussfähig ist. Herr Rörig übergibt an Herrn Suchla. Dieser begrüßt seinerseits die Mitglieder der Bezirksvertretung Mitte und stellt fest, dass auch hier die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist und die Bezirksvertretung Mitte ebenfalls beschlussfähig ist. Sodann übernimmt Herr Rörig die weitere Leitung der Sondersitzung.

Um folgende Punkte wurde die Tagesordnung der Bezirksvertretung Mitte erweitert:

- 2.1 Ergänzungsantrag zu altstadt.raum (Drucksachenummer 8220/2020-2025) (Antrag der SPD-Fraktion vom 26.06.2024)
- 2.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Drucksachenummer 8220/2020-2025

Um folgende Punkte wurde die Tagesordnung des Stadtentwicklungsausschusses erweitert:

- 2.1 Zum Tagesordnungspunkt 2 „Priorisierung der Maßnahmen zur Umsetzung im altstadt.raum“, Antrag der CDU-Fraktion
 - 2.2 Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion, TOP 2 "Priorisierung der Maßnahmen zur Umsetzung im altstadt.raum".
 - 3 Mitteilung des Amtes für Verkehr
-

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Bestellung der Schriftführung

Beschluss:

Herr Stein wird zum Schriftführer der heutigen Sondersitzung des Stadtentwicklungsausschusses mit der Bezirksvertretung Mitte bestellt.

- von beiden Gremien einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Priorisierung der Maßnahmen zur Umsetzung im altstadt.raum

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8220/2020-2025

Herr Lewald erläutert den Vorschlag der Verwaltung, der den Auftrag an die Verwaltung zur Umsetzung der Maßnahmen im altstadt.raum nach der vom Kernteam ausgearbeiteten Priorisierung enthalte. Es sei allerdings nun die Situation eingetreten, dass nach der letzten Sitzung des Kernteams sich Dinge verändert hätten, nämlich eine Grundsteinlegung auf dem Kesselbrink für ein Gebäude erfolgt sei, in welches die Neue Westfälische und Radio Bielefeld einziehen werden. Damit werde es voraussichtlich zu einer Umnutzung des bisherigen Gebäudes der NW und von Radio Bielefeld in der Niedernstraße und am Süsterplatz kommen, möglicherweise verbunden mit planerischen Veränderungen an diesen Gebäuden, die dann auch Auswirkungen haben können auf die Planung und Gestaltung des Süsterplatzes. Daher schlage die Verwaltung ergänzend zu der bisherigen Vorlage eine Formulierung vor, die dieses Szenario mitberücksichtigt, nämlich den folgenden Passus:

„Sollte sich in der weiteren Planung herausstellen, dass durch die Neuentwicklung der Süsterplatz nicht wie geplant im Rahmen des altstadt.raumes bis Ende 2027 fertigstellen lässt, wird das Kernteam erneut tagen und über eine angepasste Priorisierung beraten. Im Anschluss wird diese Empfehlung den politischen Gremien vorgelegt. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob mit Hilfe weiterer Förderkulissen alternativ dann für andere Altstadtplätze, z. B. Altstädter Kirchplatz oder Klosterplatz, Planungen für eine Neugestaltung möglich sind.“

Herr Dr. Lange fragt nach den Auswirkungen auf den Abruf der Fördermittel durch den neu vorgeschlagenen Passus. Weiter fragt er nach den Fördermöglichkeiten für die Goldstraße. Zudem bittet er um Erläuterungen der geplanten erheblichen Änderungen im verkehrlichen Bereich. Insbesondere bezüglich der Notpfortenstraße sehe die CDU das Problem, dass dort schon jetzt viel Verkehr bestehe und mit der geplanten Einbahnstraßenregelung dieser nochmals zunehmen dürfte. Auch der

Abfluss des Verkehrs sei hier schlechter möglich als etwa im Bereich Ritterstraße West. Unklar sei auch die genaue Verkehrsführung der Fahrradstraße. Abschließend sei von Anwohnern berichtet worden, dass sie von den in den Plänen enthaltenen Veränderungen an ihren privaten Grundstücken nichts gewusst hätten. Insoweit fragt er nach, ob und wie denn insoweit die Umsetzung sichergestellt sei.

Herr Lewald antwortet, dass die Maßnahmen nach den Vorgaben des Zuschussgebers bis Ende 2027 umgesetzt werden müssen. Da nicht abzusehen sei, wann oder bis wann das benachbarte Projekt neben dem Süsterplatz durchgeführt werde, müsse Sorge dafür getragen werden, dass die für den Süsterplatz bislang vorgesehenen Mittel in einer Größenordnung von 1,1 Millionen Euro ggf. bis Ende 2027 an anderer Stelle, etwa für die Gestaltung eines anderen Platzes, verwendet werden. Dazu bräuchte es dann ggf. die Zustimmung des Zuschussgebers, vor allem aber den politischen Auftrag für diese ggf. geänderte Mittelverwendung. Bindungsfristen aus früheren Projekten, etwa an der Goldstraße, seien wegen des Zeitablaufs nicht mehr relevant. Für das Amt für Verkehr hätten die Aspekte Verkehrsfluss und Verkehrssicherheit immer höchste Priorität. Sollte bei der Notpfortenstraße festgestellt werden, ggf. schon in der Planungsphase, dass diese Aspekte nicht gewährleistet sind, dann würde es keine solche Umsetzung geben. Im Bereich Klosterplatz und Klosterschule hätte der Aspekt der Verkehrssicherheit dafür gesprochen, die PKW-Verkehrsbelastung zu reduzieren. Bezüglich der Fortführung der Fahrradstraße von der Altstädter Kirchstraße gebe es noch keine konkreten Planungen. Private Anlieger, von denen Herr Dr. Lange berichtet hat, hätten sich beim Amt für Verkehr jedenfalls bisher nicht gemeldet. Gespräche habe es mit der Altstädter Kirchengemeinde gegeben, bei der es Vorbehalte hinsichtlich der Nutzung des Platzes gebe. Andere Fälle seien ihm nicht bekannt.

Herr Seifert begründet den Antrag der FDP-Fraktion. Das Kernteam habe in der letzten Sitzung nicht über die Verkehrsführung diskutiert. Nach den dortigen Ausführungen von Herrn Adamski und dem straffen Zeitplan sei dort kein Raum hierfür gegeben worden, sondern allein – und auch das sehr schnell – durch die Priorisierung durchgegangen worden. Mit der geplanten Einführung von generell Tempo 20 sei die FDP nicht einverstanden. Tempo 30, was auch etwa in Wohngebieten gelte, sei auch hier ausreichen. Für die Straße Am Bach mit den Parkhäusern bräuchte es selbst diese Beschränkung nicht, jedenfalls aber sei Tempo 30 nicht noch zu unterschreiten. Herr Seifert äußert Zustimmung zum Antrag der CDU, ebenso zu dem SPD-Antrag aus der BV Mitte und zu der Ergänzung der Verwaltung bzgl. des Süsterplatzes.

Herr Vollmer begrüßt die Ergänzung der Vorlage durch die Verwaltung, die konsequent und stimmig sei. Auch die Förderung weiterer Plätze, insbesondere des Klosterplatzes, werde von der Bevölkerung immer wieder angesprochen. Eventuell könne man dort auch andere Fördermittel zusätzlich einwerben. Die Geschwindigkeit von 20 km/h sei unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit richtig. In anderen Städten, etwa Rheine gelte in der gesamten Altstadt Schrittgeschwindigkeit. Was den Verkehr an der Notpfortenstraße betrifft, müsse man berücksichtigen, dass dort nach dem Konzept Durchgangsverkehr wegfallen würden. Er lehne den Antrag der CDU-Fraktion daher auch ab. Den Antrag der SPD halte er bezüglich des Parkleitsystems eigentlich für überflüssig, da ein solches

bereits vor 2 Jahren auf den Weg gebracht worden sei. Hier sei es vielleicht sinnvoll, die Verwaltung nach dem Stand der Umsetzung zu fragen.

Herr Hallau weist darauf hin, dass man nunmehr über zwei Jahre hinweg im altstadt.raum 2.0 diskutiert und nach einer Lösung gesucht habe und einen möglichst breiten Konsens dabei angestrebt habe. Die Vergangenheit hätte gezeigt, dass es nicht sinnvoll sei, den so gefundenen breiten Konsens jetzt in Frage zu stellen und zu meinen, dass man es besser wüsste. Er habe auch kein Verständnis dafür, wenn die Ergebnisse der vielen Besprechungen jetzt infrage gestellt würden, obwohl Zeit dafür da gewesen sei, Bedenken vorher zu äußern und auszuräumen. Dies wäre entgegen der Darstellung von Herrn Seifert auch in der letzten Sitzung des Kernteams ggf. möglich gewesen. Das Ergebnis sei ein Kompromiss, auch für seine Fraktion. Ob etwa an der Notpfortenstraße die Verkehrssicherheit gegeben sei, sehe er auch mit Bedenken. Sollte die Situation dort nicht funktionieren, könne man aber ggf. auch nachsteuern, was in der Vergangenheit auch passiert sei. Seine Fraktion werde der Verwaltungsvorlage, die sehr gut sei, einschließlich der Ergänzung zum Süsterplatz zustimmen, nicht aber allen anderen, jetzt noch kurzfristig eingebrachten Änderungsanträgen.

Herr Lewald antwortet zum Thema Verkehrsleitsystem, dass im Bereich des altstadt.raums für die nächste Zeit noch kein digitalisiertes Verkehrsleitsystem eingeführt werden könne. Eine Verkehrsleitung könne man aber auch durch eine sehr gute und erneuerte Beschilderung erreichen, und das sei für den Bereich vorgesehen. Die Stadt habe im Übrigen erfolgreich einen Förderantrag für ein digitalisiertes Verkehrsleitsystem gestellt. Hieraus werden 5 Millionen Euro für ein künftiges System nach Bielefeld fließen. Wie dieses System umgesetzt werde, sei derzeit Gegenstand der Überlegungen in der Verwaltung. Da werde sich also in den nächsten Jahren etwas tun.

Herr Schwarz möchte einen zusätzlichen Antrag auf Prüfung stellen, und zwar dahingehend, ob der ursprünglich angedachte Standort des 11. Baumes, also des Hauptbaumes der 10 plus 1 Bäume für Opfer rassistischen Terrors, der mit der Begründung, der ursprüngliche Platz am Wetterhäuschen am Oberntorwall werde eventuell für den altstadt.raum gebraucht, in die Grünanlage am Wickenkamp verlegt worden sei, tatsächlich nicht zur Verfügung stehe, da unabhängig von der Frage etwaiger Sitzgelegenheiten vor dem Baum, die man auch abgelehnt habe, die Sichtbarkeit des Baumes an einem Standort in der Altstadt weit größer sei als in der Grünanlage am Wickenkamp.

Herr Kneller äußert zunächst massive Kritik an der Politik der Fraktion der Grünen und von Herrn Hallau, insbesondere bezüglich des altstadt.raums 1.0. Auch jetzt sei die Fraktion der Grünen auf dem Holzweg. Mit der Verkehrsführung würden Umwege erzeugt. In der Bevölkerung gebe es dafür keine wesentliche Zustimmung. Den Änderungsanträgen würde er zustimmen, weil sie immerhin etwas besser seien. Vertrauen in die Stadtverwaltung und Herrn Adamski könne er auch infolge der vorangegangenen Projekte nicht haben.

Herr Langeworth stellt zunächst heraus, dass es bei dem Projekt altstadt.raum darum gehe, die schöne Bielefelder Altstadt noch schöner und

lebenswerter zu gestalten, und zwar mit dem Fokus auf die Bereiche außerhalb der Fußgängerzone. Dabei habe man einen weitgehenden Konsens erreicht. Diesen Konsens möchte er auch gerne hinsichtlich der verkehrlenkenden Maßnahmen erreichen, da es schade sei, wenn das eigentlich so positive Projekt wegen der Verkehrsmaßnahmen zu einem Politikum würde und damit insgesamt eine viel schlechtere Wahrnehmung erreiche als es nötig sei. Aus Sicht der CDU-Fraktion sei es möglich, auch die Fragen der Verkehrsführung so zu lösen, dass die jetzt offenkundigen Probleme nicht auftreten müssten. Die Notpfortenstraße heiße auch deswegen so, weil hier einer der engsten Ausgänge aus der Altstadt bestehe. Die Kreuzung mit dem Oberntorwall sei seit Jahren ein Unfallschwerpunkt. Es gebe schon jetzt, wo das Parkhaus an der Ritterstraße saniert werde, täglich Stau auf der Notpfortenstraße. Wenn hier zusätzlich der Verkehr aus dem Parkhaus dazukomme, könne die Situation nicht funktionieren. Es sei zudem Konsens gewesen, wegen des Wegfalls der Parkflächen in den Straßen die Parkhäuser und deren Erreichbarkeit zu stärken. Mit der jetzigen Lösung werde das Parkhaus an der Ritterstraße aber benachteiligt, da ein Verlassen des Parkhauses in Richtung Bielefelder Süden wegen der fehlenden Linksabbiegespur aus der Notpfortenstraße nicht sinnvoll möglich sei. Die Belange der Schule am Klosterplatz könnten gleichwohl berücksichtigt werden, ohne dass man die Ausfahrt aus der Ritterstraße West blockieren müsste. Es sei ärgerlich, dass das Verkehrskonzept in der letzten Sitzung des Kernteams als gegeben mitgeteilt worden wäre und eine Diskussion nicht stattgefunden habe. Viele Betroffene hätten von der Verkehrsregelung erst im Nachgang dieser Sitzung erfahren. Es gehe mit dem Antrag darum, zu erreichen, dass hier eine bessere Lösung vereinbart werde. Der Antrag enthalte zudem den Aspekt der zeitlichen Abfolge, da es aus Sicht der CDU-Fraktion nicht sinnvoll sei, wenn die Verkehrsbeschränkungen sofort erfolgten, die Begrünung und dergleichen aber erst wesentlich später. Zudem müsste hinsichtlich der Parkflächen beim Altstädter Kirchplatz mitbedacht werden, dass die Schausteller etc. bei Volksfesten hinreichend Platz behalten. Hier gebe es die Frage, ob dies berücksichtigt sei. (Nachträgliche Antwort des Amtes für Verkehr: Ja, dies wird berücksichtigt.)

Herr Lewald antwortet ergänzend, dass mit dem heutigen Beschluss die Verwaltung zur Ausschreibung der weiteren Planungsleitung beauftragt würde. Dass heiße aber nicht, dass nicht danach auch noch über die weitere Ausführung dieser Planungsleistungen zu entscheiden sei. Die Verwaltung habe in den Gesprächen zum altstadt.raum darauf hingewiesen, dass sie die verkehrsrechtlichen Veränderungen benötige, um weiter planen zu können. Wenn sich ergebe, dass die jetzt vorgeschlagene Verkehrsführung nicht funktioniere, dann würden selbstverständlich Änderungen erfolgen.

Herr Suchla ergänzt, dass er sehr viele Gespräche mit vielen Betroffenen geführt habe. Das Thema Tempo 20 habe dabei keine negativen Reaktionen, sondern zum Teil klar positive Rückmeldungen erbracht. Die heutige Diskussion über die Verkehrsregelung betreffe eigentlich nur einen Randbereich, zumal es den Konsens darüber gab, dass man im Grundsatz weniger Verkehr, keinen Durchgangsverkehr und eine Fokussierung des Verkehrs auf die Parkhäuser erreichen wolle. Er regt an, dass die Äußerung von Herrn Lewald im Protokoll festgehalten werde, dass die Verkehrsführung, wenn sie nicht funktionieren sollte, wieder aufgegriffen und geändert werden könne.

Herr Lewald äußert darauf, dass das, was er schon gesagt habe, natürlich im Protokoll festgehalten werden kann.

Herr Krämer berichtet aus Heepen, wo es in der Vergangenheit eine Zeitlang Tempo 20 gegeben habe, dass es vielfach zu Konflikten mit schneller fahrenden Radfahrern gekommen sei, die den Autofahrern unter anderem auf die Autodächer geschlagen hätten. Dies sei dann auch in der Altstadt zu erwarten, zumal die Fahrräder heute häufiger und schneller unterwegs seien. Mit der Änderung auf Tempo 30 in Heepen seien die Probleme entfallen.

Herr Schem bemerkt, dass bei Tempo 20 der Lärm auch gegenüber Tempo 30 nochmal reduziert werde. Weniger Verkehr steigere die Aufenthaltsqualität. Das sei gerade dort wichtig, wo die Fußgänger eine so zentrale Bedeutung haben. Auch Unfälle, etwa mit Radfahrern würden bei Tempo 20 weniger schwer und seltener passieren. Weniger Autoverkehr erreiche man nur dadurch, dass den Autos der Platz weggenommen werde. Das müsse man akzeptieren. Den Antrag der FDP-Fraktion lehne er daher ab.

Frau Richter erläutert zum Antrag der SPD-Fraktion, dass es darum gehe, dass insbesondere auch schon während der Baumaßnahmen die Verkehrsführung, egal ob digital oder analog, so gut beschildert ist, dass es nicht zu einem Chaos kommt und alle wissen, wo sie parken können. Das digitale Verkehrsleitsystem werde angestrebt. Das solle durch den Antrag natürlich nicht verzögert werden. Beim Baubüro gehe es darum, dass es vor Ort einen Ansprechpartner gebe. Bezüglich des Antrages der CDU-Fraktion könne man sich vorstellen, dem Punkt 1a zu folgen bzw. hieraus einen Prüfantrag zu machen, wobei das nach den zu Protokoll gegebenen Ausführungen von Herrn Lewald auch nicht mehr nötig sei.

Frau Henke unterstützt die Positionen von Herrn Suchla, Herrn Hallau und Herrn Lewald. Auch den Antrag der SPD aus der Bezirksvertretung werde ihre Fraktion ablehnen, da er nichts weiter bewirke, insbesondere die Bauleitplanung sei Standard, bzw. in der Praxis nicht umsetzbar sei.

Herr Seifert stellt zwei Geschäftsordnungsanträge für den StEA, zum einen auf getrennte Abstimmung über die zwei Punkte des FDP-Antrages, und zum anderen auf getrennte Abstimmung über die Punkte 1a und die weiteren Punkte des CDU-Antrages, wobei Punkt 1a als Prüfantrag umformuliert wird („wird geprüft“ statt „nicht weiterverfolgt“).

Herr Dr. Lange greift die Idee von Herrn Seifert auf, den Antrag der CDU-Fraktion dahingehen abzuändern, dass die Punkte aus dem Antrag als Prüfauftrag in die weitere Beratung mitgenommen werden. In der Vorlage stehe: „Das Verkehrskonzept wird umgesetzt“. Es sei von daher auch aus Erfahrungen an anderer Stelle hier besser, nicht bloß eine Protokollnotiz zu haben, sondern die Protokollnotiz bzw. die Bedenken und den Prüfauftrag auch in die Beschlussfassung mit aufzunehmen. Das Vertrauen in die Verwaltung sei gerade bei solchen Verkehrsprojekten, wo man in der Vergangenheit sogar die Bezirksregierung habe einschalten müssen, schwierig. Abschließend bittet er bezüglich der Goldstraße noch um Information, ob dort eventuell geschütztes geistiges Eigentum, da an der da-

maligen Gestaltung auch Architekten beteiligt gewesen seien, zum Problem werden könne. (Nachträgliche Antwort des Amtes für Verkehr: Im Bereich der Goldstraße (Fußgängerzone) besteht das allgemeine Urheberrecht. Eine Abstimmung mit dem Büro Lützwow 7 ist aus Sicht der Verwaltung daher auf jeden Fall sinnvoll und wird rechtzeitig vorgenommen.). Dass die Verwaltung über die Interessen der Anwohner nicht informiert sei, sei weiterhin irritierend.

Herr Lewald äußert, dass er die Frage von Herrn Dr. Lange so verstanden hatte, dass es darum gegangen sei, dass Anwohner Sorgen geäußert hätten, dass auf ihr privates Grundstück zugegriffen werde. Über solche Sorgen sei ihm nichts bekannt. Hinsichtlich der Verkehrsführung, insbesondere in der Notpfortenstraße, und hinsichtlich der Parkplatzsituation sei er demgegenüber von mehreren Anliegern und Gewerbetreibenden angesprochen worden. Die Frage nach eventuell betroffenen Rechten in der Goldstraße nehme er mit und reiche die Antwort zu Protokoll.

Herr Kneller weist darauf hin, dass die Zahl der Autos in den letzten Jahren stetig zugenommen habe, dass gleichzeitig aber die Lärm- und Schadstoffbelastung und die Unfallzahlen infolge von Verbesserungen der Technologie abgenommen hätten. Es brauche daher keiner Verbotspolitik. Bei Tempo 20 wäre die Lärmbelastung aufgrund der hohen Drehzahlbereiche in den kleinen Gängen sogar höher.

Herr Suchla teilt mit, dass Herr Lewald eben ihm gegenüber angemerkt habe, dass die Verwaltung die Umsetzung der verkehrslenkenden Maßnahmen nicht sofort und auch nicht vor der nächsten Sitzungsfolge nach den Sommerferien beginnen werde. Er schlägt daher vor, die Vorlage zu beschließen und die Möglichkeit, die Punkte der CDU als Prüfauftrag bis zur nächsten Sitzung zusätzlich zu beschließen. Hierzu regt er an, sich hierüber in einer Sitzungsunterbrechung kurz abzusprechen.

Die Sitzung wird sodann auf entsprechenden Geschäftsordnungsantrag kurz unterbrochen.

Herr Rörig fasst zusammen, worüber abgestimmt werden sollte. Das Verkehrskonzept würde noch in den Gremien besprochen werden, vielleicht nochmal in einer gemeinsamen Sitzung.

Herr Rörig teilt mit, dass man vereinbart habe, alle gestellten zusätzlichen Anträge als Prüfauftrag zur Beantwortung in der nächsten Sitzung in die Beschlussfassung zusätzlich zu der Vorlage der Verwaltung mit aufzunehmen.

Auf kurze Nachfrage von Frau Heckerroth erwidert Herr Lewald, dass er die von Herrn Langeworth gestellte Frage zum verfügbaren Platz für Schausteller an der Altstädter Kirchstraße bei Volksfesten ebenfalls mitnehme und die Antwort nachreiche.

Die Bezirksvertretung Mitte fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen:

1. Das Verkehrskonzept wird als Grundlage für das Gesamtprojekt als erstes umgesetzt. Die Kosten für die Umsetzung werden durch zur Verfügung stehende Haushaltsmittel des Amtes für Verkehr (ca. 100.000€ netto) finanziert.

Für die von den Fraktionen gestellten Anträge ergehen Prüfungsaufträge an die Verwaltung. Die Ergebnisse sollen vor Beginn der Maßnahmen zu den Sitzungen der Bezirksvertretung Mitte und des Stadtentwicklungsausschusses am 12.09.2024 und 17.09.2024 zur Abstimmung vorgestellt werden:

Antrag der CDU-Fraktion:

- *Die Bündelung des gesamten Verkehrs über die Notportenstraße wird nicht weiterverfolgt.*
- *In der Ritterstraße/West wird weiterhin der Beidrichungsverkehr ermöglicht.*
- *Der Verkehr soll auch weiterhin über die Ritterstraße/West abfließen und die Einbahnstraßenregelung überarbeitet werden.*
- *Mit den Eigentümern sind vor der Umsetzung, der vom Gutachter vorgeschlagenen Überplanung von privaten Flächen, Gespräche zu führen und den politischen Gremien zu berichten.*
- *Im Zuge der Fahrradstraße Altstädterkirchplatz ist eine Darstellung der Weiterführung durch den Altstadttraum nachzureichen und zur Beschlussfassung vorzulegen.*
- *Die Umsetzung der verkehrlichen Maßnahmen erfolgt parallel zu den beschlossenen Projekten und Aufwertungsmaßnahmen.*
- *Vor dem Hintergrund der Berichterstattung zum Auszug eines Medienunternehmens wird das Projekt 04 – Süsterplatz im Gesamtzusammenhang geplant und baulich umgesetzt. Hierbei sind insbesondere mehrere Baustellen zu verhindern.*

Antrag der SPD-Fraktion:

- *Das Parkleitsystem im Bereich der Altstadt sowie den Zubringern zur Altstadt sind im Vorfeld der Umsetzungen von zukünftigen Verkehrslenkungen im Rahmen von altstadt.raum zu erneuern und zeitgemäß anzupassen.*
- *Im Rahmen der anstehenden Umbaumaßnahmen in der Altstadt wird die Verwaltung gebeten, eine Baustellenkoordination unter Einbeziehung der ausführenden*

Firmen, der Fachverwaltung sowie relevanter Akteure aus dem Kernteam (u. a. Kaufmannschaft, Handelsverband) einzurichten, damit der Prozess im Vorfeld sowie während der Maßnahmen gut begleitet werden kann.

Antrag Die Partei:

- *Der ursprüngliche Standort des 11. (des Hauptbaumes) der 10 + 1 Bäume zum Gedenken der Opfer rassistischen Terrors war in der Altstadt (Oberstr. neben dem Wetterhäuschen) angedacht, wurde jedoch in die Grünanlage Wickenkamp mit der Begründung verlegt, dass der Platz in der Oberstr. eventuell für den altstadt.raum benötigt wird. Da sich die Maßnahmen in einem fortgeschrittenen Stadium befinden, wird die Verwaltung gebeten, zu prüfen, ob der Platz in der Oberstr. freigeblieben oder genutzt wird und eine Umbettung des Baumes möglich ist.*

2. Der Vorschlag des Kernteams zur Priorisierung wird umgesetzt (Anlage 1). Mit der Priorisierung A versehene Projekte sind:
 - a. Notpfortenstraße (Nr. 3)
 - b. Süsterplatz (Nr. 4)
 - c. Ritterstraße Ost (Nr. 5)
 - d. Ostzipfel Ritterstraße West bis Notpfortenstraße (Nr. 6)
 - e. Goldstraße Nord (Nr. 7)
 - f. Renteistraße Nord (Nr. 9)

Der Finanzierungsumfang entspricht weitgehend dem Fördergeld-Budget (Kostenschätzung netto Baukosten 2.924.000 €).

3. Sollten sich im Rahmen der weiteren Bearbeitung zusätzliche finanzielle Spielräume ergeben, wird diesen weiteren Empfehlungen des Kernteams gefolgt:
 - a. die Umsetzung der Aufwertungsmaßnahmen Goldstraße Süd (Nr. A2) und Neustädter Straße (Nr. A5) als Stärkung der Nord-Süd-Achse. (Kostenschätzung netto Baukosten 342.000 €)
 - b. die Umgestaltung der Hagenbruchstraße (Nr. 12) als zentrale Ost-West-Achse vom Altstädter Kirchplatz bis zur Goldstraße. (Baukostenschätzung netto Baukosten 538.000 €)
4. Die Verwaltung wird mit der Ausschreibung der weiteren Planungsleistungen beauftragt.
5. *Sollte sich in der weiteren Planung herausstellen, dass durch die Neuentwicklung (Grundsteinlegung am Kesselbrink für ein neues Gebäude, in das in den nächsten Jah-*

ren die Neue Westfälische (NW) und Radio Bielefeld einziehen werden und daher zu erwartende Neuplanungen und Nutzungen in den jetzt bestehenden Gebäuden, in denen sich die NW (Niedernstr.) und Radio Bielefeld (Süsterplatz) befinden), der Süsterplatz nicht wie geplant im Rahmen des altstadt.raumes bis Ende 2027 fertigstellen lässt, wird das Kernteam erneut tagen und über eine angepasste Priorisierung beraten.

Im Anschluss wird diese Empfehlung den politischen Gremien vorgelegt.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob mit Hilfe weiterer Förderkulissen alternativ dann für andere Altstadtplätze, z. B. Altstädter Kirchplatz oder Klosterplatz, Planungen für eine Neugestaltung möglich sind.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen -

Der Stadtentwicklungsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Auf Empfehlung der Bezirksvertretung Mitte beschließt der Stadtentwicklungsausschuss:

1. Das Verkehrskonzept wird als Grundlage für das Gesamtprojekt als erstes umgesetzt. Die Kosten für die Umsetzung werden durch zur Verfügung stehende Haushaltsmittel des Amtes für Verkehr (ca. 100.000€ netto) finanziert.

Für die von den Fraktionen gestellten Anträge ergehen Prüfungsaufträge an die Verwaltung. Die Ergebnisse sollen vor Beginn der Maßnahmen zu den Sitzungen der Bezirksvertretung Mitte und des Stadtentwicklungsausschusses am 12.09.2024 und 17.09.2024 zur Abstimmung vorgestellt werden:

Antrag der CDU-Fraktion:

- *Die Bündelung des gesamten Verkehrs über die Notpfortenstraße wird nicht weiterverfolgt.*
- *In der Ritterstraße/West wird weiterhin der Beidrichungsverkehr ermöglicht.*
- *Der Verkehr soll auch weiterhin über die Ritterstraße/West abfließen und die Einbahnstraßenregelung überarbeitet werden.*
- *Mit den Eigentümern sind vor der Umsetzung, der vom Gutachter vorgeschlagenen Überplanung von privaten Flächen, Gespräche zu führen und den politischen Gremien zu berichten.*

- **Im Zuge der Fahrradstraße Altstädterkirchplatz ist eine Darstellung der Weiterführung durch den Altstadttraum nachzureichen und zur Beschlussfassung vorzulegen.**
- **Die Umsetzung der verkehrlichen Maßnahmen erfolgt parallel zu den beschlossenen Projekten und Aufwertungsmaßnahmen.**
- **Vor dem Hintergrund der Berichterstattung zum Auszug eines Medienunternehmens wird das Projekt 04 – Süsterplatz im Gesamtzusammenhang geplant und baulich umgesetzt. Hierbei sind insbesondere mehrere Baustellen zu verhindern.**

Antrag der FDP-Fraktion:

- **Bei der Umsetzung des Verkehrskonzeptes wird generell Tempo 30 statt Tempo 20 umgesetzt.**
- **Bei der Umsetzung des Verkehrskonzeptes wird in der Straße Am Bach wegen der Parkhaus-Zufahrten keine Tempobeschränkung umgesetzt.**

Antrag der SPD-Fraktion:

- **Das Parkleitsystem im Bereich der Altstadt sowie den Zubringern zur Altstadt sind im Vorfeld der Umsetzungen von zukünftigen Verkehrslenkungen im Rahmen von altstadt.raum zu erneuern und zeitgemäß anzupassen.**
- **Im Rahmen der anstehenden Umbaumaßnahmen in der Altstadt wird die Verwaltung gebeten, eine Baustellenkoordination unter Einbeziehung der ausführenden Firmen, der Fachverwaltung sowie relevanter Akteure aus dem Kernteam (u. a. Kaufmannschaft, Handelsverband) einzurichten, damit der Prozess im Vorfeld sowie während der Maßnahmen gut begleitet werden kann.**

Antrag Die Partei:

- **Der ursprüngliche Standort des 11. (des Hauptbaumes) der 10 + 1 Bäume zum Gedenken der Opfer rassistischen Terrors war in der Altstadt (Obernstr. neben dem Wetterhäuschen) angedacht, wurde jedoch in die Grünanlage Wickenkamp mit der Begründung verlegt, dass der Platz in der Obernstr. eventuell für den altstadt.raum benötigt wird. Da sich die Maßnahmen in einem fortgeschrittenen Stadium befinden, wird die Verwaltung gebeten, zu prüfen, ob der Platz in der Obernstr. freigeblieben oder**

genutzt wird und eine Umbettung des Baumes möglich ist.

2. Der Vorschlag des Kernteams zur Priorisierung wird umgesetzt (Anlage 1). Mit der Priorisierung A versehene Projekte sind:
 - a. Notpfortenstraße (Nr. 3)
 - b. Süsterplatz (Nr. 4)
 - c. Ritterstraße Ost (Nr. 5)
 - d. Ostzipfel Ritterstraße West bis Notpfortenstraße (Nr. 6)
 - e. Goldstraße Nord (Nr. 7)
 - f. Renteistraße Nord (Nr. 9)

Der Finanzierungsumfang entspricht weitgehend dem Fördergeld-Budget (Kostenschätzung netto Baukosten 2.924.000 €).

3. Sollten sich im Rahmen der weiteren Bearbeitung zusätzliche finanzielle Spielräume ergeben, wird diesen weiteren Empfehlungen des Kernteams gefolgt:
 - a. die Umsetzung der Aufwertungsmaßnahmen Goldstraße Süd (Nr. A2) und Neustädter Straße (Nr. A5) als Stärkung der Nord-Süd-Achse. (Kostenschätzung netto Baukosten 342.000 €)
 - b. die Umgestaltung der Hagenbruchstraße (Nr. 12) als zentrale Ost-West-Achse vom Altstädter Kirchplatz bis zur Goldstraße. (Baukostenschätzung netto Baukosten 538.000 €)

4. Die Verwaltung wird mit der Ausschreibung der weiteren Planungsleistungen beauftragt.

5. *Sollte sich in der weiteren Planung herausstellen, dass durch die Neuentwicklung (Grundsteinlegung am Kesselbrink für ein neues Gebäude, in das in den nächsten Jahren die Neue Westfälische (NW) und Radio Bielefeld einziehen werden und daher zu erwartende Neuplanungen und Nutzungen in den jetzt bestehenden Gebäuden, in denen sich die NW (Niedernstr.) und Radio Bielefeld (Süsterplatz) befinden), der Süsterplatz nicht wie geplant im Rahmen des altstadt.raumes bis Ende 2027 fertigstellen lässt, wird das Kernteam erneut tagen und über eine angepasste Priorisierung beraten. Im Anschluss wird diese Empfehlung den politischen Gremien vorgelegt. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob mit Hilfe weiterer Förderkulissen alternativ dann für andere Altstadtplätze, z. B. Altstädter Kirchplatz oder Klosterplatz, Planungen für eine Neugestaltung möglich sind.*

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen
-

-.-.-

Zu Punkt 2.1 Zum Tagesordnungspunkt 2 „Priorisierung der Maßnahmen zur Umsetzung im altstadt.raum“, Antrag der CDU-Fraktion

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8285/2020-2025

Der Stadtentwicklungsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

1. Folgende Punkte sind im Verfahren des Verkehrskonzeptes zu berücksichtigen:

a. Die Bündelung des gesamten Verkehrs über die Notpfortenstraße wird nicht weiterverfolgt.

b. In der Ritterstraße/West wird weiterhin der Beidrichtungsverkehr ermöglicht.

c. Der Verkehr soll auch weiterhin über die Ritterstraße/West abfließen und die Einbahnstraßenregelung überarbeitet werden.

d. Mit den Eigentümern sind vor der Umsetzung, der vom Gutachter vorgeschlagenen

Überplanung von privaten Flächen, Gespräche zu führen und den politischen Gremien zu berichten.

e. Im Zuge der Fahrradstraße Altstädterkirchplatz ist eine Darstellung der Weiterführung durch den Altstadtraum nachzureichen und zur Beschlussfassung vorzulegen.

f. Die Umsetzung der verkehrlichen Maßnahmen erfolgt parallel zu den beschlossenen Projekten und Aufwertungsmaßnahmen.

2. Vor dem Hintergrund der Berichterstattung zum Auszug eines Medienunternehmens wird das Projekt 04 – Süsterplatz im Gesamtzusammenhang geplant und baulich umgesetzt. Hierbei sind insbesondere mehrere Baustellen zu verhindern.

- mit großer Mehrheit als Prüfantrag an die Verwaltung (s. Punkt 2 Ziffer 1) beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion, TOP 2 "Priorisierung der Maßnahmen zur Umsetzung im altstadt.raum".

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8291/2020-2025

Der Stadtentwicklungsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

1. **Bei der Umsetzung des Verkehrskonzeptes wird generell Tempo 30 statt Tempo 20 umgesetzt.**
2. **Bei der Umsetzung des Verkehrskonzeptes wird in der Straße Am Bach wegen der Parkhaus-Zufahrten keine Tempobeschränkung umgesetzt.**

- mit großer Mehrheit als Prüfantrag an die Verwaltung (s. Punkt 2 Ziffer 1) beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilung des Amtes für Verkehr

Herr Lewald informiert über die in den Sommerferien anstehende Baumaßnahme zur Gleiserneuerung auf der Arthur-Ladebeck-Str. für den Betrieb der Vamos-Stadtbahnen. Ab dem 04.07. werde die Baufirma damit beginnen, Baumaterialien abzustellen, ohne dass die Verkehrsführung dadurch beeinträchtigt werde. Ab dem 06.07. werde dann der Verkehr stadtauswärts so geregelt, dass der Kfz-Verkehr einspurig auf die Bike-Lane verlegt und der Radverkehr auf den ehemaligen Radweg verlegt werde. Stadteinwärts werde in den ersten drei Wochen der Sommerferien eine Vollsperrung im Bereich der Einmündung zur Hauptstraße erforderlich sein, in den zweiten drei Wochen der Sommerferien werde auch hier eine Einspurigkeit über die Bike-Lane und eine Verlegung des Radverkehrs auf den alten Radweg erfolgen. Umleitungen während der Vollsperrung erfolgten über den OWD und die Osningstraße.

Auf Nachfrage von Herrn Eggert erläutert Herr Lewald, dass es während der Vollsperrung möglich sei, über den Lönkert zu fahren. Auf weitere Nachfrage zu der bestehenden Ampel an der Osningstraße, die schon jetzt den Verkehr nicht aufnehmen könne, erläutert er, dass für viele die Umleitung über den OWD am sinnvollsten sein dürfte.

Herr Dr. Lange merkt an, dass angesichts der Baustellen auf der Osningstraße und der Hauptstraße es nicht gehe, dass jetzt auch noch die Arthur-Ladebeck-Straße zeitgleich gesperrt werde. Er erinnert an die Diskussion zum Baustellenmanagement in der letzten StEA-Sitzung und hätte eine Verschiebung der Maßnahme zur Entzerrung der Situation richtiger gefunden.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Frederik Suchla

Alexandru Gabriel

Sven Rörig

Matthias Stein